



Dat Rotmuul

weltoffen hanseatisch sozial und demokratisch

Nr. 1 / März 2010

SPD Kreisverband Stralsund

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Die städtischen Wohlfahrtseinrichtungen (Pflegeheime) sollen veräußert werden. Der Haushalt 2010 der Stadt soll mit dem Verkaufserlös von 7,4 Millionen ausgeglichen werden; so haben es die Fraktionen der CDU/FDP und der Bürger für Stralsund (BfS) im Januar beschlossen.

Dass die Wohlfahrtseinrichtungen auf der einen Seite einen erheblich höheren Wert besitzen (allein der Immobilienwert und die technische Ausstattung liegen höher) und auf der anderen Seite ein unverzichtbares Gut einer sozialen Stadt sind, sollte jedem klar sein. Leider sieht es danach aus, dass die Mehrheit aus CDU, FDP und BfS den Verkauf noch in diesem Frühjahr beschließen will.

Die Stralsunder SPD hat sich im Wahlprogramm 2009 eindeutig gegen eine Veräußerung ausgesprochen; die Fraktion hat auch aus den oben genannten Gründen den Haushalt 2010 abgelehnt. Deshalb wollen wir einem Verkauf nicht tatenlos zusehen und planen ein Bürgerbegehren, welches in einem Bürgerentscheid enden soll.

Ein solches Vorhaben bedarf einer hohen logistischen Leistung. Für ein erfolgreiches Bürgerbegehren benötigen wir mindestens 4.000 Unterschriften. Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die ihren Hauptwohnsitz in Stralsund und das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Um das Bürgerbegehren erfolgreich anzugehen, haben wir Bündnispartner mit ins Boot geholt; wir konnten die Gewerkschaften, insbesondere Ver.di und den DGB gewinnen. Wichtig ist auch die Beteiligung der Linkspartei. Diese wollte nur eine „lose“ Unterschriftensammlung durchführen, um moralischen Druck auf die konservative Mehrheit aufzubauen. Allerdings werden sich CDU/FDP und BfS von einer unverbindlichen Aktion nicht beeindrucken lassen. Nach mehreren Gesprächen sind die Vertreter der Lin-

ken unserer Argumentation gefolgt und beteiligen sich ebenfalls an dem Bürgerbegehren. Durch dieses Aktionsbündnis verfügen wir nun über eine breite Front gegen den Verkauf der Wohlfahrtseinrichtungen.

Der Kreisvorstand hat nach einer Sondersitzung am 11.

Februar den Beschluss zur Durchführung des Bürgerbegehrens gefasst, jedoch mit der Bedingung, dass die Mitglieder und auch die Ortsvereine im Vorfeld Meinungen und Bedenken aufzeigen sollen. Dieser Prozess ist nun seit der vergangenen Sitzung beider Ortsvereine abgeschlossen; mit großer Mehrheit steht die Basis hinter dem Vorgehen. Herzlichen Dank an alle Akteure!

Bei der Durchführung des

Bürgerbegehrens benötigen wir sehr viel ehrenamtliches Engagement. Ich rufe alle Parteimitglieder und Freunde auf, sich an der Aktion zu beteiligen. Wir werden neben den traditionellen Infoständen auch kleinere Listen herausgeben, die Ihr in Eurem direkten Umfeld ausfüllen lassen könnt. Die Termine der Stände werden in den nächsten Wochen bekanntgegeben. Startschuss der gemeinsamen Aktion ist Ende März. Wir werden Euch regelmäßig über den Emailverteiler bzw. über die Homepage des Kreisverbandes informieren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mehr als 4.000 Unterschriften einsammeln werden, was dann rechtlich verbindlich zu einem Bürgerentscheid führt. Der Bürgerentscheid müsste noch vor der großen Sommerpause angesetzt werden; dort reicht eine einfache Mehrheit der Verkaufsgegner aus. Allerdings müssen mindestens 25% der wahlberechtigten Stralsunder an der Abstimmung teilnehmen. Aber ich denke, dass wir auch diese Hürde erfolgreich nehmen werden und dass am Ende der Verbleib der Wohlfahrtseinrichtungen bei der Hansestadt steht.

Niklas Rickmann



Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2015

Man weiß, dass unsere Stadt tief in roten Zahlen steckt. Eine Sparkassen-Bauchlandung, ein großmannsüchtiges Abenteuer um Stadthalle und Spitzenhandball – das kostet schließlich. Dazu kommen noch Ausgaben, für die die Städte wirklich nichts können: Sozialleistungen, die ihnen der Bund mit nur unzureichender Kompensation aufgedrückt hat.

Per Saldo sieht der Innenminister in Schwerin das so: Stralsund hat seine dauernde Leistungsfähigkeit verloren. Er hat angeordnet, diese bis 2015 wieder herzustellen. Wenn nicht, droht Zwangsverwaltung durch Schwerin. Dann werden wir keinen Einfluss mehr auf das zu erwartende soziale, kulturelle und sportliche Streichkonzert haben. Bis Ende März muss ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) mit konkreten Sparplänen vorgelegt werden, das einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt und den Abbau der Altfehlbeträge sicherstellt.

Schon für 2010 hat die Bürgerschaft einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Der allerdings wird getragen von Einmaleffekten wie dem Verkauf der Wohlfahrtseinrichtungen (WFE) für 7,4 und der Rettung von 6,2 Millionen Euro aus dem Stadthallenprojekt (Verlust: ca. 3 Mio.). Die SPD-Fraktion hat

diesen Haushalt in Übereinstimmung mit dem Kreisvorstand abgelehnt. Sie steht dem HSK ebenso ablehnend gegenüber, denn es bildet mit dem Haushalt 2010 eine Einheit.

Unsere Alternative?

Wir wollen die WFE nicht verkaufen, weil sie ein wesentliches Steuerungsinstrument bei der Betreuung von Senioren und Pflegebedürftigen sind. Wir wollen die WFE in eine städtische Sozialholding überführen. Sonjas kürzliche Veranstaltung zum Thema hat gezeigt, dass man damit gleichzeitig Leistungsstandards bestimmen, für niedrige Pflegesätze sorgen und sogar Geld verdienen kann. Außerdem wird die Stadtkasse entlastet, weil niedrige Pflegesätze die Zuschüsse des Sozialamtes verringern. Hans-Walter hat dieses Konzept der Bürgerschaft schon vor Jahren vorgeschlagen, „natürlich“ vergeblich. Dieses Konzept bringt zwar keinen großen Einmalbetrag, kann diesen aber auf Dauer wettmachen. Wir sind nicht gegen notwendiges Sparen und würden manche Einzelmaßnahme des HSK mittragen. Eine Zustimmung aber liefe auf ein nachträgliches Ja zum Verkauf der WFE hinaus.

Kurt Pagels

Ist „Hartz IV“ Armut per Gesetz?

Einer der perfidesten Angriffe der politischen Gegner, insbes. der Linken, auf die SPD besteht in der These: Hartz IV bzw. das Arbeitslosengeld II (ALG II) sei „Armut per Gesetz“. Marianne Linke von den Linken, die ehemalige Sozialministerin von M-V, begründet das u.a. mit der Behauptung: „Seit Einführung der Hartzgesetze im Jahr 2005 wurde quasi über Nacht Armut mit Suppenküchen, Tafeln und Kleiderkammern wieder ein alltägliches Phänomen in Deutschland“ (ZAS S. 6 vom 21.2.2010). Solche Thesen sind natürlich völlig unhaltbar. Wenn diese Entwicklung richtig beschrieben sein sollte, so trat sie m.E. später ein und war auf die Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen, aber sicherlich nicht auf das ALG II.

Das ALG II ist Teil des großen Reformwerks, das unter dem Thema „Agenda 2010“ von der SPD unter Gerhard Schröder auf den Weg gebracht wurde. Zentrale Bausteine, Maßnahmen und Ziele dieses Pakets sind nach wie vor unumstritten. Das ist einmal die Zusammenlegung von der alten Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe für die noch arbeitsfähigen Bürger. Anerkannt ist ferner der Satz, dass die Empfänger neben der Förderung auch gefordert werden müssten, z.B. sich auch selbst verstärkt um das Auffinden eines Arbeitsplatzes zu bemühen. Unumstritten ist letztlich das Ziel, die Sozialkosten, wenn nicht zu reduzieren, so doch zu stabilisieren. Dies Ziel wäre noch deutlicher erreicht worden, wenn nicht die Wirtschaftskrise dazwischen gekommen wäre.

Aber hat nicht Hartz IV die Ausbreitung des Niedriglohnssektors begünstigt und werden nicht unter diesem System Arbeitgeber alimentiert, wenn sie Niedriglöhne praktizieren und ihre Arbeitnehmer dann zu „Aufstockern“ werden? Das scheint so zu sein. Aber das liegt nicht an dem System Hartz IV, sondern das ist auf das Fehlen bzw. auf die mangelnden

Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohnsystems zurückzuführen. Es führt überhaupt kein Weg daran vorbei: Flächendeckende Mindestlöhne müssen das System ergänzen!

Im Gegensatz zum Arbeitslosengeld (ALG I), das eine Versicherungsleistung ist, ist ALG II, das nach Auslaufen der Versicherungsleistung einsetzt, eine staatliche Unterstützungsleistung, die **unter bestimmten Sachzwängen** steht:

1. Sie setzt grundsätzlich **Bedürftigkeit** voraus. Wer nicht bedürftig ist, dem kann der Staat nichts schenken. Was Bedürftigkeit heißt, ist naturgemäß schwierig zu bestimmen. Genannt seien hier z.B. die Probleme des Schonvermögens, des anrechnungsfreien Zuverdienstes oder auch des Bedarfes von Kindern im Gegensatz zu Erwachsenen. Diese Probleme muss der Staat aber lösen. Und soweit erkennbar ist er hier zusammen mit den Gerichten auch auf dem Wege. Eine Regierung, die sich innerhalb der Koalition nicht einig ist, hat es hier natürlich besonders schwer.
2. Eine **Lohnabstandsgrenze** muss eingehalten werden: Wer als Arbeitsloser staatliche Stützungsleistungen erhält, muss grundsätzlich weniger in der Tasche haben als der, der arbeitet. Andernfalls wäre der Arbeitslose schwierig zu motivieren, eine Arbeit zu übernehmen.
3. Gegen den, der als Empfänger von Stützungsleistungen unrichtige Angaben macht oder sich nicht auflagengerecht verhält, müssen **Sanktionen möglich** sein, regelmäßig in Form von Kürzungen von Leistungen.
4. Wenn man nicht uferlos Bürokratie haben will, kommt man bei sozialen Stützungsleistungen um gewisse **Pauschalierungen** nicht herum. Aber es muss auch Öffnungsklauseln für Sonderfälle geben.

Fortsetz. von S. 2

Soweit erkennbar akzeptiert auch die FDP mit ihrem Bürgergeld (Zusammenfassung der meisten Sozialleistungen beim Finanzamt) diese Sachzwänge. Die Alternative der Linken („Hartz IV muss weg“) besteht im Grunde nur aus der Forderung nach einer Erhöhung sämtlicher Leistungen und einer Erleichterung für ihren Bezug. Das ist nicht überzeugend.

Niemand wird behaupten, das System ALG II bzw. die ganze Agenda 2010 sei perfekt. Nicht zuletzt hat jüngst das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Bund und Kommunen in den ARGEn für verfassungswidrig erklärt, und in einer zweiten Entscheidung die Berechnung

und Transparenz der Fördersätze verworfen. Ersteres ist eine juristische Feinheit, die durch eine Grundgesetzänderung bereinigt werden kann. Das Zweite ist eine zwangsläufige Forderung nach Überprüfung und Fortschreibung der Fördersätze. Dies wäre sowieso periodisch notwendig gewesen. **Fazit:** Der Satz: „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ ist unrichtig. Hartz IV will bedürftigen Arbeitslosen helfen, die Gründe für ihre Armut liegen woanders. Aber es ist zwangsläufig, dass das relativ neue soziale Instrument ALG II wie überhaupt die ganze Agenda 2010 noch weiterentwickelt werden müssen. Das geschieht gegenwärtig, nicht zuletzt mit Hilfe der Gerichte. Aber es müssen auch flächendeckende Mindestlöhne als Ergänzung des Systems eingeführt werden!

Rupert Eilsberger

Wir sind morgen

Unter diesem Motto und mit einem neuen Kopf an der Spitze starteten die Jusos ins Jahr 2010. Auf der MVV am 26. Januar 2010 gab zuerst Jan Haugg einen Bericht über die Arbeit der Jusos im letzten Jahr. Dann wurde Mathias Miseler (27) einstimmig zum neuen Juso-Kreisvorsitzenden gewählt.

„Ich hab da mal was vorbereitet“, mit diesen Worten übernahm der neue Vorsitzende das Wort. Mathias hat sich viel vorgenommen, drei messbare Ziele wurden gesteckt:

- Bis Jahresende 20 aktive Mitglieder
- Monatlich 500 Klicks auf unsere neue Webseite
- Bei der nächsten Kommunalwahl soll kein NPD-Mitglied mehr in die Bürgerschaft kommen.

Viele Veranstaltungen und verschiedene Formen von Mitgliederwerbung wurden besprochen. Erste Erfolge in die-

sem Jahr wurden auch schon verbucht. Zum einen wurden nach einem Artikel über die Jusos in der OZ der erste Monat mit 500 Klicks auf der Webseite erreicht. Zum anderen wurde eine Veranstaltung im Wulflamhaus über Erneuerbare Energien durchgeführt. Eine gemeinsame Erklärung mit der Jugendorganisationen der CDU und der FDP gegen den Aufmarsch der NPD in Sassnitz zeigt, dass die Stralsunder Jusos in einzelnen Punkten auch Verbündete über die Grenzen der Partei hinaus suchen und gefunden haben. Die Kreisgebietsreform und Formen der Zusammenarbeit waren Themen von Gespräche mit den Jusos in Greifswald und Rostock.

Alles in allem können wir sagen: Wir sind hoch motiviert und voller Tatendrang.

Mathias Miseler - Vorsitzender Jusos Stralsund

Wählerwanderungen – eine Hoffnung für die SPD

Die SPD hat bei der letzten Bundestagswahl im September 2009 in M-V bei den Erststimmen 14,3% gegenüber 2005 verloren, bei den Zweitstimmen waren es sogar 16,6%. Im Bund insgesamt sah es nicht ganz so schlecht aus: Hier verlor die SPD gegenüber 2005 10,5% der Erststimmen und 11,2% der Zweitstimmen. Sie erreichte in M-V damit 18,6% der Erststimmen und 15,2% der Zweitstimmen. Und im Bund waren es 27,9% der Erststimmen und 23,0% der Zweitstimmen. In absoluten Zahlen: In M-V verlor die SPD 164.716 Wähler bei den Erststimmen und 171.223 bei den Zweitstimmen. Im Bund verlor sie 6.049.342 Wähler bei den Erststimmen und 6.204.177 Wähler bei den Zweitstimmen.

Dieses katastrophale Ergebnis wollen wir hier nicht kommentieren oder erläutern. Aber ich denke, die Zahlen über die Wählerwanderungen geben Anlass zu gewisser Hoffnung für die kommende Bundestagswahl 2013. Leider waren Zahlen für Wählerwanderungen in M-V im Internet nicht zu finden. Sie gibt es aber für die letzte Bundestagswahl für den Bund insgesamt. Natürlich handelt es sich um Hochrechnungen von Befragungen; aber die Zahlen bleiben bei aller möglichen Ungenauigkeit doch beeindruckend.

Von meiner eigenen Einstellung und Befindlichkeit her kann ich mir das Phänomen Wechselwähler nur schwer vorstellen. Eine Wanderung mit meiner Stimme zur CDU oder gar zur

FDP kann ich mir überhaupt nicht denken. Möglicherweise werde ich mit einer solchen Fixierung aber allmählich zum Unikat. Wechselwählerschaft und Wanderung zu anderen Parteien sind „in“. Sie fallen zusammen mit langer Unentschlossenheit vor der Wahl und erst sehr kurzfristigen Entscheidung. Im Folgenden nenne ich die Ab-Wanderungszahlen **von der SPD**, wobei ich davon ausgehe, dass es sich um die Zweitstimmen handelt (leider steht das nirgends):

- Zur CDU wanderten 870.000 SPD-Wähler
- Zu den Grünen wanderten 860.000 SPD-Wähler
- Zu den Linken wanderten 1.100.000 SPD-Wähler
- Zur FDP wanderten 520.000 SPD-Wähler!!!
- Zu noch anderen Parteien wanderten 320.000 SPD-Wähler.
- 2.130.000 Stimmen schließlich verlor die SPD an das Lager der Nichtwähler.

So schockierend und schwer verständlich diese Zahlen sind, es lässt sich gewisse Hoffnung für die 2013-Bundestagswahl daraus gewinnen: So wie die Dinge in der neuen Bundesregierung und Koalition zur Zeit laufen ist es keineswegs ausgeschlossen, dass die Wanderwähler in Scharen wieder zurück zur SPD wandern. Ob man allerdings Frau Merkel schon jetzt eine Rückkehr zur alten Großen Koalition anbieten sollte, scheint mir mehr als fragwürdig.

Rupert Eilsberger

Wieviel Umwelt darf's bei der SPD sein?

Im „Regierungsprogramm“ kommt „Umwelt“ nicht vor. Meine telefonische Reklamation stieß auf Ausreden und ließ den Verdacht aufkommen, die Schweriner Zentrale nehme den Dresdner Aufruf von Sigmar Gabriel wörtlich, das Denken müsse in den Untergliederungen der SPD stattfinden.

Ganz so schlimm ist es aber in Schwerin doch nicht: Unser Verkehrsminister Schlotmann zeigte sich in einem Telefongespräch sehr erfreut darüber, dass ihn jemand wegen des Bahnverkehrs anrief, und schickte prompt seinen Referatsleiter zum Arbeitskreis Öffentlicher Personenverkehr nach Stralsund.

Auch bei uns vor Ort gibt es positive Ansätze zu Umweltfragen:

Der Juso-Kreisverband und die SPD-Bürgerschaftsfraktion hatten am 24.2. zur Podiumsdiskussion „Ökostrom – Chance oder Bürde für Stralsund“ in den Festsaal des Wulflamhauses geladen. Die OZ hat diese Veranstaltung in einer breiten Vorankündigung und unter „Lesung/Podium“ wohlwollend begleitet. Auch am Abend selber war die OZ durch eine freie

Mitarbeiterin vertreten. Zuhörer gab es – auch von Seiten der SPD – leider nur wenige.

Herr Sauter von den Stadtwerken Stralsund zeigte in einem ausführlichen Vortrag und auch bei der Beantwortung von Fragen hervorragenden Wissensstand. Er enthielt sich zwar einer politischen Stellungnahme, ließ aber doch eine merkwürdige Skepsis gegenüber der Windkraft durchblicken. Besser lässt sich Herrn Sauters Meinung nachvollziehen, dass die Stromgewinnung aus Sonnenkraft in Südeuropa wesentlich rentabler und damit weniger abhängig von Subventionen ist als hierzulande. Einer Verlagerung des deutschen Wissens und Könnens nach Italien, Spanien und Portugal sollten wir uns nicht verschließen. Eine weitere Botschaft von Herrn Sauter war die Forderung nach besseren Speichermöglichkeiten für den Ökostrom. Leider ließ der von der Fachhochschule erbetene Referent die Veranstalter im Stich. Das zwang Jan Haugg von den Jusos ersatzweise zu einigen Stellungnahmen und Ergänzungen, die naturgemäß auch ins Politische gingen. **Anton Werner**

Das Politische Buch

Wer nur wenig Zeit zum Lesen hat, dem sei ein kleines Buch mit dem Titel „Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt“ empfohlen. Als Autoren werden Helmut Schmidt und Giovanni di Lorenzo genannt, letzterer Chefredakteur bei der Wochenzeitung „Die Zeit“. Das Buch besteht aus zahlreichen kleinen Interviews, die di Lorenzo wöchentlich über fast zwei Jahre in Hamburg mit Helmut Schmidt geführt hat. Und dabei hat der Altkanzler, ungeachtet der herrschenden Vorbehalte immer zahlreiche Zigaretten geraucht und zahllose Tassen Kaffee getrunken. Das brauchte er wohl, um ungeheuer präzise und faktenreich, und teilweise auch witzig, auf di Lorenzos Fragen zu antworten.

Helmut Schmidt hat zahlreiche Bücher, aber niemals eine Autobiografie geschrieben, und er wird das auch nicht mehr tun. Ihn interessieren vor allem wirtschaftliche und politische Themen, natürlich interessieren ihn auch Menschen, mit denen er zusammengetroffen ist. Sich selbst findet er nicht so wichtig. Die Gespräche drehen sich um die Kontrolle der Finanzmärkte, um das Parteiensystem, um das Verhältnis zu Polen, um politische Reisen, die Schmidt gemacht hat, aber auch um Kunst, Musik, Schach oder Begegnungen mit Zeitgenossen. Ein sehr breites, aber immer recht knapp gehaltenes und auf den Punkt gebrachtes Panorama von Themen.

Die körperliche Gebrechlichkeit, vor allem die Schwerhörigkeit, unter der der 91jährige Schmidt zu leiden hat, konnte seinem Gehirn offenbar überhaupt nichts anhaben. Sein Gedächtnis, auch für Namen, ist bewundernswert. Seine Formulierungen sind beeindruckend. Er ist zu einem weisen Mann geworden, zu einer Institution, aber er bildet sich überhaupt nichts darauf ein. Er hat auch keine Angst mehr, weder vor prägnanten und offenen Formulierungen, noch auch vor dem Tod. Ein sehr angenehm und leicht zu lesendes Buch eines wirklich großen Sozialdemokraten. Erschienen bei Kiepenheuer und Witsch, 275 Seiten, ab April über Amazon für 8,95 Euro, sonst 16,95 Euro.

Rupert Eilsberger

Der Arbeitskreis „Öffentlicher Personenverkehr“

Der nur noch wenig musikalisch-beruflich belastete Schreiber dieser Zeilen, hatte es nicht allzu schwer, einen AK „Öffentlicher Personenverkehr“ auf die Beine zu stellen und durchzuhalten. **Nur läuft das Ganze nicht unter SPD.** Auch hier muss man der OZ Wohlwollen bescheinigen: Ankündigungen und kompetente Berichte haben unsere Ideen unterstützt. Mit Herrn Bogusch von der Stadtverwaltung und Frau Vollert vom SWS Nahverkehr haben wir kritische Begleiter bei unserer Arbeit. Wie lange die Teilnehmer aller Altersstufen des AK noch Lust haben, die Kleinarbeit im Dicke-Bretter-Bohren durchzuhalten, bleibt offen. Jedenfalls würden wir uns über weitere Mitarbeiter freuen. Ich versuche weiterhin, meine Backkünste für den Apfelstrudel zu verfeinern, der traditionellerweise den Abschluss der montäglichen Sitzungen bildet.

Nächster Termin des Arbeitskreises Öffentlicher Personenverkehr ist der 15.3.

Anton Werner

*Diese Ausgabe des Rotmuuls wird von
Rechtsanwalt Prof. Dr. Rupert Eilsberger
gesponsert.*

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Kreisvorstand der SPD
(außer für namentlich gekennzeichnete Artikel)

Herausgeber: Kreisvorstand der SPD
Heilgeiststraße 78, 18439 Stralsund

Redaktion: R. Eilsberger, A. Werner

Satz und Druck: hanse druck & medien GmbH - Stralsund
Tel. 03831 - 29 29 26